

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 12/2911 —

Betr.: Vorwürfe des Wirtschaftsministers an die Stadtwerke Hannover

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Küpker (FDP) vom 6. 3. 1992

In der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) vom 13. 2. 1992 erklärte Herr Hans-Jürgen Ebeling als Vorstandsmitglied der Stadtwerke Hannover, daß die Erlöse aus einem Teilverkauf der Stadtwerke an private Betreiber möglicherweise für den Bau eines neuen Erdgas- oder Steinkohlekraftwerkes verwendet werden müßten. Diese Notwendigkeit ergebe sich, wenn bei einem politisch gewollten Ausstieg der PreussenElektra aus der Kernenergie Ersatzkapazitäten geschaffen werden müßten.

Unter Bezug auf diese Stellungnahme erhob der Niedersächsische Wirtschaftsminister Dr. Peter Fischer nach Angaben der HAZ vom 15. 2. 1992 den Vorwurf, die Äußerungen des Herrn Ebeling seien ein untauglicher Versuch, den Ausstieg aus der Kernenergie zu verzögern. Gleichzeitig forderte der Wirtschaftsminister den Stadtwerkevorstand zu mehr Zurückhaltung auf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, daß der Wirtschaftsminister die in der HAZ vom 15. 2. 1992 wiedergegebenen Äußerungen gemacht hat?
2. Wie ist die Forderung des Wirtschaftsministers nach mehr Zurückhaltung der Stadtwerke zu verstehen?
3. Trifft es zu, daß die Stadtwerke Hannover eine privatrechtliche Aktiengesellschaft im Besitz der Stadt Hannover sind und in ihren unternehmerischen Entscheidungen nicht den politischen Vorgaben der Landesregierung unterliegen?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
— 17 — 57.00 —

Hannover, den 26. 5. 1992

Nach Auffassung der Landesregierung kann das Risiko, das mit dem Betrieb von Kernkraftwerken und mit der seit 30 Jahren ungelösten nuklearen Entsorgung verbunden ist, weder unserer Generation noch kommenden Generationen zugemutet werden. Die

Landesregierung verfolgt daher das Ziel, die Energieerzeugung weg von der Atomenergie zu immer mehr auf den dezentralen Möglichkeiten basierenden und ökologisch orientierten Stromerzeugung und rationellen Energieanwendung hin zu entwickeln.

Die notwendige Umorientierung der Energieversorgung bietet die Chance, Energie für Wirtschaft und private Haushalte umweltverträglich bereitzustellen und damit die Lebensgrundlage künftiger Generationen zu sichern.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1:

Ja.

Zu 2:

Der Wirtschaftsminister hält Äußerungen, die bei der Diskussion über die Umstrukturierung der Energieversorgung einseitig die Kosten des Ausstiegs aus der Kernenergie betonen, für verfehlt. Die Ausstiegsfrage sollte demgegenüber immer auch im Zusammenhang mit den Gefahren der Kernenergie und den Chancen einer ökologisch umstrukturierten Energieversorgung erörtert werden (vgl. Vorbemerkung). Die Forderung des Wirtschaftsministers nach mehr Zurückhaltung bezieht sich somit auf die Äußerung des Vorstandsmitglieds der Stadtwerke, das einseitig den Investitionsaufwand für eine kernenergiefreie Energieerzeugung betont und nicht auf die Kosten und Risiken, die mit der Erzeugung von Energie aus Atomkraftwerken verbunden sind, hinweist.

Zu 3:

Ja; die Landesregierung ist allerdings der Auffassung, daß die Stadtwerke Hannover als großes kommunales Energieversorgungsunternehmen eine besondere Verantwortung bei der Realisierung einer ökologisch orientierten Stromerzeugung haben.

In Vertretung

Dr. Tacke